Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 20. Mai 1926
Donnerstag Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
20. 5. m Nr. 230 10 Pfennig

„Kenntnisnahme" von der Regierungserklärung.

Dank an Luther. — Seine Politik wird fortgeführt.

So friedvoll-heiter hat selten eine Regierungspremiere stattgefunden wie die des Kabinetts Marx am Vorabend der Pfingstferien. Das lag nicht nur an der nachsichtigen Ferienlaune der Kritiker im Parkett, das lag vornehmlich an der Art der „Regierungserklärung", durch die das Kabinett sich den bekannten Schwierigkeiten innerhalb der Koalition und hinsichtlich der künftigen parlamentarischen Entwicklung zu entwinden suchte. Die Aufgabe, die dem Kanzler zufiel, ließ sich trefflich mit dem charakterisieren, was Graf Westarp über sie sagte: Im Verschweigen zeigt sich der Meister des Spiels . . .

Rein äußerlich fehlte dem Debut des neuen alten Kabinetts der Rahmen des großen Tages. Als der Kanzler begann, war nicht einmal die Hälfte seiner Ministerkollegen und knapp ein Drittel der Abgeordneten im Saale anwesend. Die Regierungserklärung nahm eine Zeitdauer von fünf Minuten und nur einen kleinen Teil der Aufmerksamkeit des Hauses in Anspruch.

Der Kanzler gedachte mit bemerkenswerter Wärme, die von sozialistischer Seite denn auch prompt gerügt wurde, seines Vorgängers. Die — abgesehen vom Wechsel in der Spitze — personelle und politische Identität mit dem Kabinett Luther kam (als Begründung für den Verzicht auf programmatische Auslassungen) so klar zum Ausdruck, daß manches minnefrohe sozialdemokratische Herz sich zusammenkrampfte. Auch die an sich selbstverständliche Versicherung, daß Flaggenverordnung und Ablehnung des Volksentscheids aufrechterhalten bleiben, war bitter für die Großkoalitionisten. Die Heraushebung der Erwerbslosenfrage, der republikanischen Weimarer Verfassung und des verständnisvollen Zusammenarbeitens zwischen Regierung und Parlament, Liebkosungen für die Linke, vermochten das nicht ganz wettzumachen.

Als weitere Enttäuschungen mußten die Sozialdemokraten das Auftreten des Reichsinnenministers gegen die Reichswehrdenunziationen und das (am Nachmittag schon bekannte, am Abend zum Beschluß erhobene) Abrücken des Zentrumsvorstands vom Volksentscheid verbuchen.

Trotzdem zeigte sich der sozialdemokratische Sprecher, Müller-Franken, gewitzt genug, die schlechte Laune nicht merken zu lassen. Er tadelte väterlich und warnte, — warnte besonders das Zentrum vor dem „kaudinischen Joch der Rechtsparteien". Die Sozialdemokratie möchte das Wettrennen um die Regierungsbeteiligung so gern gewinnen! Deshalb die Anpreisung ihrer außenpolitischen Zuverlässigkeit, deshalb die Zurückhaltung in der Flaggenfrage, deshalb kein Wort über den Volksentscheid, kein Wort über die von Dr. Marx repräsentierte „Justizschande", deshalb zum Schluß das vollbrüstige Versprechen, diese Regierung zu unterstützen, solange sie brav bleibt und — links steuert.

Die Kommunisten hörten sich — vor Staunen sprachlos — diese Leistung ihres Bundesgenossen im Volksentscheid an. Ein Musterbeispiel für den Doppelboden.

Auch die Rede des deutschnationalen Führers verhehlte die Bereitschaft dieser Partei zur Regierungsmitarbeit nicht. Was gut war, damit nicht die Legende entsteht, eine Mehrheitsbildung sei nur nach links möglich. Graf Westarp tat einen bedeutsamen Schritt zur Annäherhung an die Mittelparteien, als er zur Außenpolitik ausdrücklich erklärte, seine Partei sei gewillt, aus den bestehenden Tatsachen den größtmöglichen Vorteil für unser Land herausholen zu helfen, obwohl diese Lage gegen ihren Willen geschaffen und zu Kritik und Opposition geeignet sei. Diese Kritik übte der Graf besonders an den mangelnden Rückwirkungen für die besetzten Gebiete — ein Punkt, der dem Kanzler als Rheinlandminister sehr am Herzen liegen muß. Vielleicht dadurch um so mehr machte das vorhergehende Bekenntnis den allerstärksten Eindruck.

Aber die Rede Westarps ließ nicht die großen Barrikaden außer acht, die von Teilen der gegenwärtigen Koalition gegen rechts errichtet worden sind. Er sprach aus, daß ein Regieren mit der Sozialdemokratie schädlich und auf die Dauer unmöglich sein werde. Die weitere Entwicklung innerhalb der Regierungskoalition werde seine Partei mit verschränkten Armen abwarten.

Die Redner der Mittelparteien begnügten sich in dieser Lage, um ebenso wenig wie der Kanzler für rechts oder links optieren zu müssen, mit kurzen Erklärungen. Eine Ausnahme machten die Demokraten, die sich offenbar als „Herren der Lage" fühlen, weil sie Dr. Luther nicht mehr auf der Regierungsbank sehen, und die nun glauben, dem ganzen Reichstag ihren Willen diktieren zu können. Anders kann es jedenfalls nicht aufgefaßt werden, wenn sie die vom Reichspräsidenten angeregte Einheitsflagge schon jetzt in den Farben Schwarz-Rot-Gold festlegen wollen und ihren Kampf gegen die Flaggenverordnung fortsetzen. Auch das im Gegensatz zur Zurückhaltung bei Zentrum und Volkspartei in aller Oeffentlichkeit vorgetragene Bekenntnis, die gegenwärtige Regierung nur als Mittel zur Großen Koalition zu betrachten, wird die in anderen Kreisen der jetzigen Koalition nicht gerade freundlichen Gefühle gegen die demokratische Politik kaum verbessern.

Trefflich wie immer kennzeichnete Herr Leicht von der Bayerischen Volkspartei die Lage. Er fand die wärmsten Worte für Herrn Luther, verurteilte ungeschminkt die Urheber der Krise und verhieß der neuen Regierung Unterstützung als Fortsetzung der alten. Tatsächlich hat sie nur in dieser Eigenschaft Daseinsberechtigung.

Der Schluß war kurz und schmerzlos. Die Regierungsparteien hatten durch ihren Antrag „Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und geht über alle Anträge zur Tagesordnung über" für reibungslosen Eintritt in die Pfingstferien gesorgt. Es gab nicht einmal eine namentliche Abstimmung, geschweige denn irgendwelche sonstige Aufregung über dieses Votum, dem man nicht einmal den Charakter einer Billigungserklärung beimessen kann.

Als notorisches Provisorium geht das neue alte Kabinett an die Weiterführung der Geschäfte. Sein Uebergangsgeschick hängt von dem Geschick ab, möglichst lange zwischen rechts und links zu lavieren. Seine Aufgabe ist, im rechten Augenblick und nach der rechten Seite hin zu sterben! H. W.

*

In der vom Präsidenten Löbe für nachmittag 2.30 Uhr anberaumten zweiten Mittwochsitzung erhielt sofort das Wort zur Regierungserklärung

Reichskanzler Dr. Marx:

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volksvertretung tritt, setzt sich mit Ausnahme des Kanzlers aus denselben Männern zusammen, wie das Kabinett Luther.

Reichskanzler Dr. Luther ist aus unserer Mitte geschieden. Ueber drei Jahre hat er seine ganze außergewöhnliche Kraft in den Dienst des Reiches und des Volkes gestellt. Zunächst als Ernährungsminister, dann als Finanzminister, und seit Januar 1925 als Reichskanzler hat er bei außerordentlich bedeutungsvollen Ereignissen auf die äußere und innere Gestaltung Deutschlands entscheidend eingewirkt. Seine Kanzlerschaft wird ihren Wert in der Entwicklung der Geschichte behalten; Merksteine seiner erfolgreichen Tätigkeit sind London und Locarno, wo unter seiner richtunggebenden Anteilnahme Verhandlungen stattfanden, die zur Sicherung des Völkerfriedens, zur politischen und wirtschaftlichen Förderung Deutschlands ein gutes Stück Wegs weitergeführt haben. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, auch an dieser Stelle wärmste Anerkennung der aufopfernden, selbstlosen und unermüdlichen Tätigkeit des Reichskanzlers Dr. Luther zum Ausdruck zu bringen. (Lärm links.)

Ich glaube mit der Meinung weiter Kreise dieses hohen Hauses übereinzustimmen, wenn ich annehme, daß bei der Zusammensetzung des neuen Kabinetts eine eingehende und umfassende Regierungserklärung nicht erforderlich erscheint. Deshalb darf ich mich auf wenige Worte beschränken.

Das Kabinett wird die bewährte Außenpolitik des Reiches weiterführen. Diese Politik, die mit der Regelung der Reparationsfragen in London begann, sollte ihren Abschluß in den Verträgen von Locarno finden. Wir hoffen, daß die Verhandlungen der Studienkommission in Genf dazu führen werden, die Locarnoverträge bald endgültig in Kraft zu setzen und Deutschland die Möglichkeit zu geben, als ständiges Mitglied des Völkerbundsrats an dessen großen Aufgaben mitzuarbeiten.

Der zwischen Deutschland und der Sowjetregierung geschlossene Vertrag fügt sich durchaus in diese Politik ein. Er ist ein Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinem großen östlichen Nachbarvolke und ein weiteres Glied in der Reihe der Verträge, die dem Frieden und der Festigung Europas dienen sollen. Obwohl keine verfassungsmäßige Verpflichtung hierfür besteht, wird der Vertrag angesichts seiner Bedeutung demnächst dem Reichstag vorgelegt werden.

Schwere wirtschaftliche Not, die sich insbesondere in der langdauernden und außergewöhnlichen umfangreichen Arbeitslosigkeit äußert, lagert nach wie vor auf weiten Kreisen des deutschen Volkes. Hier Abhilfe zu schaffen, wird auch von der gegenwärtigen Regierung als vornehmste Pflicht betrachtet. Wenn ich nicht auf die Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen Wirtschafts- und Berufskreise eingehe, so soll das nicht eine Geringschätzung darstellen. Wir werden ihnen bis an die Grenze des Möglichen entgegenzukommen stets bestrebt sein.

Zwei Fragen allerdings erfordern nach meiner Meinung eine besondere Erwähnung. Der Grund liegt in den Ereignissen der letzten Wochen. Ich weise zunächst auf den von der Mehrheit des Reichstages gefaßten Beschluß hin, der das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten zur Flaggenfrage begrüßt und im Einklang mit diesem Schreiben den Wunsch nach Herbeiführung einer Einigung zu lebendigem Ausdruck bringt.

Die Reichsregierung wird mit ganzer Kraft daran gehen, die Wege, die das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten andeutet, einzuschlagen und das durch jenes Schreiben gesteckte Ziel zu erreichen. Selbstredend wird hierdurch Bestand und Durchführung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. Mai ds. Js., deren Rechtsgültigkeit nicht bezweifelt werden kann, in keiner Weise berührt.

Ferner möchte ich die Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern nicht unerwähnt lassen. Der Termin zum Volksentscheid ist auf den 20. Juni anberaumt worden. Die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dem dem Volksentscheid unterbreiteten Gesetzentwurf über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten erleidet durch die Umbildung des Kabinetts keine Aenderung. Die Reichsregierung wird deshalb auch den Gesetzentwurf, den die frühere Regierung gemäß einem Kompromißantrag der Regierungsparteien dem Reichsrat unterbreitet und den dieser in der vorigen Woche mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen hat, dem Reichstag zur weiteren Beratung zuleiten.

Die Reichsregierung bittet den Reichstag um seine Unterstützung in ihrem Bestreben, auf der Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung das Wohlergehen des Deutschen Volkes in all seinen Teilen zu fördern und die Einheit des Reiches unter gleichzeitiger Achtung der Rechte der Länder zu schützen.

Nur im engsten verständnisvollen Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung ist das erstrebte Ziel zu erreichen.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Müller-Franken (Soz.):

Der neue Reichskanzler hat dem Reichskanzler Dr. Luther Dank ausgesprochen. Das ist üblich. Aber bemerkenswert ist, daß der Dank diesmal besonders warm klang. Das heutige Kabinett ist eigentlich das Kabinett Luther minus Luther. Die Tätigkeit des Reichskanzlers Luther hatte eigentlich immer ein Minuszeichen vor seinem Namen. Auch wir erkennen an, daß Luther eine starke Energiequelle darstellt. Er hat aber die Fühlung mit dem Parlament nicht aufrechterhalten; es hat sich gezeigt, wie schwer es einem außerhalb des Reichstags stehenden Kanzler wird, die Fühlung mit dem Parlament zu erhalten. (Sehr richtig b. d. Soz.!) Ich weise nicht nur auf die Flaggenfrage, sondern auch auf die Angelegenheit des Volksbegehrens der Sparer hin. So geht es nicht. Der Abgang Luthers soll für die folgenden Regierungen eine Warnung sein. Ich bin auch überzeugt, daß die Mitglieder der jetzigen Regierung aus den Erfahrungen des zweiten Kabinetts Luther ihre Lehre gezogen haben, daß sogar, wenn Luther noch einmal dazu Gelegenheit hätte, er das heiße Eisen der Flaggenfrage nicht wieder anfassen würde. Alle guten deutschen Patrioten müßten eigentlich über das Symbol des deutschen Volkes einig sein.

Ueber die Schwierigkeiten einer Kabinettsbildung auf breiter Basis will ich mich nicht näher auslassen. Ich bin der Ueberzeugung, daß es sehr schwer sein wird, eine Regierung mit stabiler Mehrheit zu bilden, wenn die Deutsche Volkspartei die Politik verfolgt, wie sie in der letzten Zeit von ihr betrieben wurde. Auf der anderen Seite ist die Entwicklung der Regierung mit einer Mehrheit nach rechts nur möglich, wenn sich das Zentrum unter das kaudinische Joch der Rechtsparteien begeben wollte. Ich nehme an, daß das nicht der Fall sein wird.

Ich wende mich nunmehr zu Einzelheiten der Regierungserklärung. Was die Bemerkungen über den Völkerbund anlangt, so möchte ich entsprechend der früheren Haltung unserer Partei erklären, daß wir mit der Fortführung dieser Politik einverstanden sind, daß wir wünschen, daß bei den Septemberverhandlungen ohne neue Reibungen und Zwischenfälle der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vollzogen wird, damit wir wirklich mit allen Rechtsgrundlagen die Rückwirkungen durchsetzen können, die, wie ich zugebe, im einzelnen noch nicht eingetreten sind. (Zurufe rechts.) Glauben Sie (nach rechts) etwa, daß bei Ihrer auswärtigen Politik die Rückwirkungen stärker eingetreten wären?

Dann ist der Reichskanzler auf die Flaggenfrage eingegangen und hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, auseinandergesetzt, daß die Verordnung zu Recht besteht und daß beabsichtigt wäre, eine Einigung durch einen Ausschuß herbeizuführen, der die Normierung und Typisierung der deutschen Reichsflagge vornehmen soll. Neben den Parteiführern sollen die großen Verbände zugezogen werden, die Frontsoldaten, und der Ausschuß soll dann noch durch Heraldiker und Historiker ergänzt werden.

Es scheint so, daß während dieser Zeit die Flaggenverordnung bestehen bleiben soll. Meine Fraktion kann sich damit nicht begnügen. Wir werden deshalb einen Antrag in Form eines Gesetzentwurfes dem Hause vorlegen, in dem die Beflaggung der Gebäude der Reichs- und Staatsbehörden endlich geregelt und insbesondere festgelegt werden soll, daß die diplomatischen Vertretungen im Ausland ausnahmslos die schwarz-rot-goldene Flagge hissen sollen.

Das Haus wird also in die Lage kommen, zu unserem Antrag sachlich Stellung zu nehmen. Das ist das mindeste, was die Bevölkerung verlangen kann. Ich habe gar keinen Zweifel, daß die Bevölkerung, die durch die Provokation der Flaggenverordnung außerordentlich aufgeregt ist (lebhafter Widerspruch rechts), verlangt, daß etwas mehr getan wird als die Annahme einer Resolution.

Wir sind der Ueberzeugung, daß Ziel und Richtung der Regierungspolitik feststehen, und wir sind bereit, diese Regierung zu unterstützen, solange sie die von ihr vertretene Politik weitertreibt. Im übrigen möchte ich gar keinen Zweifel darüber lassen, daß auch wir mit einer etwaigen Auflösung des Reichstags einverstanden sind. (Beifall b. d. Soz.)

Reichsinnenminister Dr. Külz:

Nach den Presseberichten über die Verhandlungen im Preußen-Landtag soll zwischen dem Nationalverband Deutscher Offiziere und den Sportverbänden eine Führerbesprechung stattgefunden haben. In einem Teil der Presse ist das so dargestellt worden, als ob zwischen Reichswehr und dem Nationalverband sowie den Sportverbänden eine Führerbesprechung stattgefunden habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß zwischen dem Nationalverband Deutscher Offiziere und der Reichswehr Verbindungen nicht bestehen. Verbindung mit politischen Verbänden ist streng verboten; wenn dagegen verstoßen wird, wird eingeschritten. — Weiter soll ein Major v. Zedlitz-Wartenberg bei der Reichswehr angestellt sein und für Berlin Mittelsmann zwischen Verbänden und Reichswehr sein. Einen Major v. Zedlitz-Wartenberg gibt es bei der Reichswehr nicht.

Es wird behauptet, daß vor Einstellung in die Truppe das Vorlegen von Mitgliederbüchern von bestimmten politischen Verbänden verlangt worden sei. Zu meinem Bedauern habe ich feststellen müssen, daß in vereinzelten Fällen vor Einstellung von jungen Leuten in die Reichswehr von den betreffenden Truppenteilen bei Oberst v. Luck angefragt worden ist (Hört! hört! b. d. Kommunisten), ob der Betreffende sich in jeder Beziehung für die Reichswehr eigne. Oberst v. Luck war als Führer der „Olympia bekannt. Die „Olympia" ist ein Verband im Sinne von § 36 des Wehrgesetzes. Die Anfrage bei Oberst v. Luck war unzulässig und verstößt gegen die bestehenden Vorschriften. Im Interesse der Disziplin wird in diesen Fällen rücksichtslos eingeschritten werden. Schließlich ist noch der Aufmarsch des Sportvereins „Olympia" am 1. Mai in die Erörterung gezogen worden, bei dem der Presse nahegelegt worden sei, die Anwesenheit der Reichswehroffiziere nicht zu erwähnen. Von der Reichswehr ist eine derartige Aufforderung an die Presse nicht ergangen. Wohl aber ist ausdrücklich nochmals ein Verbot der Teilnahme ergangen. Eine Teilnahme von Reichswehroffizieren ist nicht erfolgt. Im übrigen wird das Reichswehrministerium, falls ihm das Material unterbreitet wird, gründliche Untersuchung der Fälle eintreten lassen.

*

Nach Beendigung der Aussprache (Siehe S. 5) wurde der Antrag der Regierungsparteien mit großer Mehrheit angenommen, wonach der Reichstag die Erklärungen der Reichsregierung zur Kenntnis nimmt und über den Mißtrauensantrag zur Tagesordnung übergeht. Für diesen Antrag stimmten mit den Regierungsparteien die Wirtschaftliche Vereinigung und die Sozialdemokraten, dagegen die Völkischen und die Kommunisten. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme. Das völkische Mißtrauensvotum ist damit erledigt.

Das Haus vertagt sich und geht in die Pfingstferien. — Nächste Sitzung: Montag, den 7. Juni, 3 Uhr. Die Tagesordnung bleibt dem Präsidenten vorbehalten.

Zentrum und Volksentscheid.

Der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei hielt am Mittwoch im Reichstag eine Sitzung ab, die sich ausschließlich mit der Frage der Stellungnahme der Partei zum Volksentscheid über die Fürstenabfindung beschäftigte. Der Reichsparteivorstand faßte einmütig folgenden Beschluß:

In Uebereinstimmung mit den Parteigrundsätzen ist die Zentrumsfraktion des Reichstags bemüht gewesen, die Frage der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenhäusern im Sinne der Gerechtigkeit und Billigkeit zu lösen. Die Arbeit ist gestört worden durch das eingeleitete Volksbegehren, das die restlose Enteignung der Fürstenhäuser forderte. Eine solche Regelung widerspricht dem in der Verfassung gewährleisteten Schutz des Privateigentums und damit einer wesentlichen Grundlage des Rechtsstaats. Darum mußte die Zeentrumsfraktion zu einer Ablehnung eines solchen Lösungsversuchs kommen. Sie kann sich auch heute nicht auf den Boden des Volksentscheids-Gesetzes stellen.

Der Reichsparteivorstand ist der Auffassung, daß eine befriedigende Lösung folgenden Voraussetzungen entsprechen muß: Die staatsrechtliche Stellung der Fürstenhäuser ist grundstürzend geändert. Sie können darum nicht im Vollbesitz dessen bleiben, was sie als regierende Häuser in Besitz und Nutznießung hatten. Was ihnen als unzweifelhaftes Privateigentum zu verbleiben hat, muß ein mit besonderen Rechtssicherheiten umkleidetes Gericht entscheiden. Die Folgen des verlorenen Krieges und der Verarmung haben die Fürstenhäuser mit zu tragen. Bei Aufwertungen dürfen sie nicht besser gestellt sein als andere Staatsbürger. Kronrenten, Zivillisten und ähnliche Renten müssen fortfallen. Nur in gemeinsamer Opfertat wird das deutsche Volk sich wieder emporarbeiten können.

Der Reichsparteivorstand hat zur Zentrumsfraktion des Reichstages das Vertrauen, daß sie alles daran setzen wird, um den neuen Regierungsentwurf im Sinne dieser Leitgedanken zu gestalten. Danach rechtfertigt sich unsere Erwartung, daß eine gerechte, den neuzeitlichen Verhältnissen entsprechende Lösung tatsächlich gefunden wird.

Aus dieser Erwägung heraus erwartet der Reichsparteivorstand, daß die Zentrumsangehörigen nicht für das Enteignungsgesetz stimmen.

Vor dem Ende des Budapester Prozesses.

kbg. **Wien**, 19. 5. (Eigenbericht.)

Der Budapester Fälscherprozeß neigt sich dem Ende zu. Das Tempo der Verhandlungen und die Begleitereignisse zeigen den Willen, zum Schluß zu kommen. Am heutigen vormittag gab es noch eine Art Sensation durch die plötzliche Verhaftung des Budapester Rechtsanwaltes Rudolf Bulissa, der auf dem Flugfeld in dem Augenblick verhaftet wurde, als er nach Konstantinopel fliegen wollte. Sein Reiseziel Konstantinopel war dadurch verdächtig, daß sich in Konstantinopel Meszaros aufhält, dessen Rolle in der Frankenfälschersache noch ungeklärt ist, der aber schon seiner Zeit im Zusammenhang mit der Fälschung der tschechischen Noten verhaftet worden war. Der Bruder des heute verhafteten Rechtsanwalts, der ebenfalls Rechtsanwalt ist, hatte seinerzeit Professor Meszaros verteidigt. Die heutige Verhaftung war einigermaßen ungewöhnlich und war erfolgt, weil man erwartete, bei ihm, dem Verhafteten, wichtige Schriftstücke zu finden. Es heißt auch, daß ein Brief von Windischgraetz und vom Abgeordneten Stephan Friedrich gefunden worden sei. Am Nachmittag ist Bulissa wieder enthaftet worden.

---

ru. **Saarbrücken**, 19. 5. (Eigenbericht.) Vom 25. bis 27. Mai findet in Saarbrücken die 33. Tagung des Evangelisch-Sozialen Kongresses statt, zu der u. a. auch der Reichsgerichtspräsident Simons-Leipzig erscheinen wird.

Ein kritischer Punkt in Genf.

Das Sicherheitsproblem taucht auf. Offensive und defensive Rüstung.

sch. **Genf**, 19. 5. (Eigenbericht.)

Die Abrüstungskommission ist heute dem kritischen Punkt näher gekommen, nämlich der Verhandlung über das Sicherheitsproblem. Der tschechoslowakische Vertreter erklärte zu Beginn der Nachmittagssitzung, es fänden sich keine Redner, weil alle an die Sicherheit dächten, und diese komme erst im Punkt 5 des Fragenprogramms vor. Man verwies also die Fragen 2 und 3 an die Techniker und begann Frage 4. Sie lautet kurz:

„Gibt es offensive und defensive Rüstungen und kann man sie unterscheiden?"

Der Vertreter Belgiens, de Brouckère, wünschte Zuweisung auch dieser Frage an die Techniker. Paul-Boncour will ihnen jedoch vorher Direktiven geben. Cecil glaubt an keinen Unterschied zwischen beiden Rüstungsarten, abgesehen von den Festungen und bittet etwas tendenziös Boncour als Verfasser dieser Frage um nähere Auskunft. Boncour kennt dagegen bedeutende Unterschiede, die für ihn auch leicht nachweisbar sind, und er entwickelt einige Theorien mit deutlicher Anspielung auf Deutschland und Frankreich. Die defensive Bewaffnung wird jedem Staat zur Feststellung überlassen. Der Vertreter Spaniens assistiert dem Franzosen und spricht unter anderem von defensiven Unterseebooten. Cecil gesteht, von diesen Einzelheiten nichts zu verstehen, bittet aber, sich hier nicht zu weit einzulassen, weil sonst die ganze Abrüstung gefährdet würde.

Der amerikanische Gesandte Gibson macht in auffallend sachkundiger Weise darauf aufmerksam, daß es offensive Festungen gebe und daß man defensive Kriege offensiv führen könne. Der Vertreter Argentiniens spricht von einem „potentiel de paix" und erinnert an die militärisch tüchtige aber nur defensive schweizerische Miliz. Der Vertreter Schwedens dehnt diesen Begriff auf Skandinavien aus. De Brouckère resümiert, daß der

Unterschied zwischen beiden Rüstungsarten jedem anders

vorkomme. Cecil gibt den defensiven Charkter der Luftabwehr zu, ist aber sonst sehr mißtrauisch; die Techniker sollen sagen, ob es wirklich Rüstungen gibt, die nur defensiv sind. Der Vertreter Spaniens erinnert an die englische Armee, die defensiv sei, zwar zu Offensive befähigt, aber nicht zur Aggression. (Auf den Unterschied zwischen Offensive und Aggression scheint man nun einen Hauptton legen zu wollen.) Die Frage gelangt an die Techniker.

Die Frage Nr. 6, die sich mit dem

Unterschied zwischen ziviler und militärischer Aviatik,

mit den Ersatzbestandteilen dazu und mit dem Wert der Handelsflotte für den Seekrieg beschäftigt, wird ebenfalls den Technikern überwiesen. Für die Abrüstungskommission bleiben also noch die Fragen 5 und 7. Erstere behandelt den Zusammenhang zwischen den eigentlichen militärischen Kräften taktischer, strategischer und operativer Natur und den vom Völkerbund sowie den Bundesgenossen zu erzielenden Hilfen, letztere formuliert den gegen die französische Politik gerichteten englischen Zweifel, ob es wirklich möglich sein sollte, von der regionalen zur allgemeinen Sicherheit und von der regionalen zur allgemeinen Abrüstung zu gelangen.

Der jugoslawische Vertreter unterstrich den „potentiel de guerre", wünscht aber mit Cecil Beschränkung der beschränkbaren Kriegsmittel. Er betont stark das Sicherheitsbedürfnis seines Landes, macht Anspielung auf Ungarn und Italien, indem er davon spricht, es müßte auch auf Verzichte von „Aspirationen" und eine neue Gesinnung ankommen. Und er stellt fest, daß alle Verträge die Sicherheit bisher nicht gebracht hätten. Hierauf hält de Brouckère eine sehr lange Rede. Er schildert die Schrecken des Luft- und Gaskrieges und betont die Notwendigkeit, die industriellen Mobilisierungsmöglichkeiten zu überwachen und öffentlich zu machen.

Zusammenfassend kann heute gesagt werden, daß die Lage genau die gleiche ist wie auf der Ratskommission im Dezember 1925. Man wird die Verhandlungen nun wohl bald den Unterkomitees überweisen und damit wahrscheinlich vorläufig der Oeffentlichkeit entziehen. (In dem neugegründeten wirtschaftlichen Unterausschuß sitzt je ein ziviler Vertreter jedes der zwanzig Staaten.)

Das Ergebnis der Abrüstungskommission

dürfte das gleiche werden wie das der Studienkommission: ein möglichst unverbindlicher Text, einstimmig, jedoch unter mehreren Enthaltungen als erste Lesung und bei voller Aktionsfreiheit für jedermann angenommen, um dem am 7. Juni zusammentretenden Rate unterbreitet zu werden und dann für eine zweite Session als Grundlage zu dienen.

Der Bericht der Ratsreformkommission.

Der am 10. Mai zusammengetretene Prüfungsausschuß für die Ratsmitgliedschaft des Völkerbundes hat sich vorläufig damit begnügt, in den bereits in unserem Blatt mitgeteilten fünf Punkten eine Zusammenfassung seiner bisherigen Arbeiten zu geben und die 2. Lesung seines Vorschlages auf den 28. Juni zu vertagen. Auf Beschluß des Völkerbundsrates kann jedoch die Tagung im Juni in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten des Ausschusses gegebenenfalls verschoben werden.

Festgelegt wird in dem Bericht des Ausschusses nur die Zahl der nichtständigen Sitze und der Modus für die Wahl der nichtständigen Mitglieder des Rates. Obwohl die Wahlperiode der derzeitigen nichtständigen Mitglieder erst am 1. Januar 1927 abläuft, wird vorgeschlagen, auf der Herbsttagung des Völkerbundes sämtliche neun nichtständigen Mitglieder des Rates zu wählen unter der Verpflichtung der gewählten Vertreter, sofort nach der Wahl das Amt anzutreten. Irgendwelche Differenzierungen der Staaten erfolgten in keiner Weise, ebensowenig sind vertragliche oder moralische Bindungen unter den Staaten und Staatengruppen eingegangen, die die Freiheit der Wahl beschränkten oder Privilegien für bestimmte Staaten schaffen. Die Frage der Vermehrung der ständigen Sitze des Rates ist gänzlich in der Schwebe geblieben, doch ist nach der bei den Verhandlungen dokumentierten Stellung der Vertreter der einzelnen Staaten kaum anzunehmen, daß der Völkerbundsrat bei der Prüfung des Berichtes im Juni die Frage der ständigen Sitze von neuem anschneiden wird, und infolgedessen die Prüfungskommission bei der für Ende Juni in Aussicht genommenen Tagung ihrerseits diese Frage zur Diskussion stellt.

Der allgemeine Eindruck der in aller Oeffentlichkeit geführten Verhandlungen des Prüfungsausschusses geht dahin, daß außer bei Spanien und Brasilien die Frage der Vermehrung der ständigen Sitze des Völkerbundsrates, abgesehen von dem für Deutschland vorgesehenen Sitz, nicht mehr ernsthaft in Erwägung gezogen wird, und daß diese beiden Staaten dem Eintritt Deutschlands als ständiges Mitglied in den Völkerbundsrat keine Schwierigkeiten mehr in den Weg legen werden.

Rasche Liquidierung der Revolution?

Was man in Warschau mit Rücksicht auf das Ausland wünscht.

kbg. **Wien**, 19. 5. (Eigenbericht.)

Der Nachrichtendienst aus Warschau leidet unter der Fortdauer der Zensur, die nach dem Wortlaut der amtlichen Mitteilungen aufrechterhalten wird, weil den amtlichen Stellen die Aufrechterhaltung der Zensur „zur Beruhigung der Gemüter notwendig erscheint". Die innerpolitische Bilanz der Revolution ist noch immer offen. Es ist bisher noch nicht entschieden, ob von der Nationalversammlung die

Wahl eines den Linksparteien genehmen Staatspräsidenten

sicher erwartet werden könne. Erforderlich für die Wahl sind 278 Stimmen. Im Sejm haben die Nationaldemokraten mit der Volkspartei Piast, der nationalen Arbeiterpartei und den sämtlichen Demokraten zusammen 232 Stimmen, im Senat hat dieselbe Gruppe 62 Stimmen, das sind zusammen 294, also 16 Stimmen mehr, als verfassungsmäßig erforderlich sind. Ob die Entscheidungen der nächsten Tage jener Linksgruppe Erfolg bringen werden, die eine geradlinige Weiterführung der Revolution wünscht, mit der Ausrufung Pilsudskis zum Staatspräsidenten oder jene Elemente den Ausschlag geben, welche die innerpolitische Verständigung erleichtern und daher eine verfassungsmäßige Wahl des Staatspräsidenten durch die Nationalversammlung herbeiführen möchten, ist heute noch nicht entschieden. Man scheint auch außenpolitische Prestigegründe berücksichtigen zu wollen, die eine rasche Liquidierung der Revolution wünschenswert erscheinen lassen.

Daß man einer Beruhigung zustrebt, geht auch daraus hervor, daß die Strafkammer in Kattowitz den heutigen Termin im Spionageprozeß gegen die vor einiger Zeit verhafteten 12 Mitglieder der Deutschen Volksbundorganisation abgesetzt hat. Begründet wird diese Vertagung mit der angeblichen Schwierigkeit des Eintreffens von Sachverständigen aus Warschau.

Die Korridorkatastrophe vor dem Schiedsgericht.

lz. **Danzig**, 19. 5. (Eigenbericht.)

Das deutsch-polnische Schiedsgericht für den Korridorverkehr trat erneut zu einer Tagung in Danzig unter dem Vorsitz des dänischen Generalkonsuls Koch-Danzig zusammen. Es handelt sich um weitere Zeugenvernehmungen über die Ursachen der am 1. Mai 1925 im Korridor bei Stargardt stattgefundenen schweren Eisenbahnkatastrophe. Die Zeugenvernehmungen wurden im Landgerichtsgebäude in Danzig durchgeführt. Gestern fand ein Lokaltermin an der Stätte der Katastrophe bei Stargardt statt. Der neutrale Sachverständige für die Erstattung eines Obergutachtens in der Schuldfrage der Korridorkatastrophe, der nach dem letzten Spruch des Korridorschiedsgerichts ein Niederländer sein soll, ist bisher nicht ernannt worden, so daß die jetzige Tagung nur unter Beteiligung von deutschen und polnischen Vertretern unter dem Vorsitz des dänischer Generalkonsuls in Danzig stattfand.

Neue Offensive in Marokko.

a. **Paris**, 19. 5. (Eigenbericht).

Nach einer Havasmeldung aus Fez hat heute nachmittag die angekündigte Offensive auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz eingesetzt. Der Angriff soll einen befriedigenden Verlauf nehmen.

*

Fez, 19. 5. (Sonderdienst der DAZ.)

Nach einer mehrtägigen Ruhepause hat die französische Offensive in dem östlichen Abschnitt der Marokko-Front wieder eingesetzt und macht, wie gemeldet wird, gute Fortschritte.

Verurteilung der Mörder Professor Robsons.

Kairo, 19. 5. (Sonderdienst der DAZ.)

Der Gerichtshof verkündete heute morgen, daß das Dossier Mohammed Fahmes, der gemeinsam mit anderen der Ermordung des englischen Professors Robson angeklagt war, dem Großmufti eingereicht worden sei, und daß das Urteil über die anderen sechs Beschuldigten am 25. Mai ausgesprochen werden würde. Die Uebersendung eines Dossiers an den Großmufti bedeutet, daß der Angeklagte zum Tode verurteilt worden ist. Der Umstand, daß keiner der übrigen Gefangenen freigesprochen wurde, wird dahin gedeutet, daß auch sie für schuldig befunden wurden, wenn auch in ihrem Falle nicht auf Todesstrafe erkannt worden ist.

Große Waldbrände in Amerika.

New York, 19. 5. (Sonderdienst der DAZ.)

In Minnesota, Wisconsin und Michigan wüten große Waldbrände. Tausende von Freiwilligen sind bemüht, das Ausbreiten des Feuers zu verhindern. Besonders verheerend sind die Brände im Norden von Minnesota, wo ein starker Wind die Flammen über die kanadische Grenze hinüberträgt. In Michigan wurden viele Farmhäuser und wertvolle Holzbestände zerstört. Am Ufer des Lake Superior sind 75 verschiedene Feuerherde. Auch in Westpennsylvania brennt seit einigen Tagen eine Waldstrecke von 2 Meilen Länge. 5000 Einwohner sind mit Löscharbeiten beschäftigt. Zwei Personen kamen in den Flammen um.

Kairo, 19. 5. (Sonderdienst der DAZ.)

Die Kapflieger sind auf ihrem Fluge heute morgen in Mongalla eingetroffen.